

Erster bayerischer Tag der Heilberufe

Kammerpräsidenten fragen Politiker vor der Landtagswahl

Mit dem ersten Tag der Heilberufe im Juli 2008 in München haben die fünf bayerischen Heilberufekammern gemeinsam ein ehrgeiziges Vorhaben realisiert: Die Kammerpräsidenten stellten in einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Landtagswahl 2008 – Heilberufekammern fragen Politiker“ gesundheitspolitische Positionen der Parteien auf den Prüfstand.

Die Resonanz der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Apotheker und Tierärzte auf die Veranstaltung war enttäuschend. Zahlreiche Plätze im Hörsaal Pharmakologie der LMU München waren leer geblieben, obwohl alle fünf Kammern wochenlang ihre insgesamt über 100 000 Mitglieder zur Teilnahme aufgerufen hatten.

Freiberuflichkeit in Gefahr

Dabei ging es um Themen, die jeden Heilberufler umtreiben müssten. Dies wurde bereits am einleitenden Statement von Prof. Dr. Helge Sodan, Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht (DIGR), deutlich. Die Freiberuflichkeit im Gesundheitswesen sei in vielfältiger Hinsicht „gefährdet, teilweise sogar bereits erheblich beeinträchtigt“, so Sodan. Die angemessene Vergütung vertragsärztlicher Leistungen in dem von Komplexität und Intransparenz geprägten vertragsärztlichen Vergütungssystem sei ein Beispiel dafür. Ob die Missstände mit den im GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz zum 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Regelungen beseitigt würden, bezweifelte er. Sie seien sehr kompliziert und enthielten ein „klassisch planwirtschaftliches Regelungsinstrumentarium“. Als weiteren Aspekt für die Gefährdung der freiberuflichen Tätigkeit nannte er die Einschränkung der Therapiefreiheit durch das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Der ärztliche Heilauftrag verlange einerseits die bestmögliche Behandlung. Zum anderen sei der Vertragsarzt aber zur wirtschaftlichen Verordnungsweise von Arzneimitteln verpflichtet. Als weiteres Beispiel für das Einwirken des Gesetzgebers führte Sodan die Regelungen zum Standard- und Basistarif an. Er vertrat jedoch die Auffassung, dass in der

Verweigerung der Behandlung zu diesen Tarifen, abgesehen von lebensbedrohlichen Situationen, aufgrund aktueller Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts „keine Pflichtwidrigkeit“ zu sehen sei.

Fragen und Antworten

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten sich Staatsministerin Christa Stewens für die CSU, Friedhelm Esch von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, der bayerische FDP-Generalsekretär Martin Zeil, die bayerische Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Theresa Schopper, der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Hausärztesverbandes, Dr. Wolfgang Krombholz, von den Freien Wählern, und der Freisinger Stadtrat Dr. Eckhardt Kaiser für Die Linke, den Fragen der fünf Kammerpräsidenten. Gemeinsam arbeiteten sie unter Moderation von BR-Redakteur Nikolaus Nützel einen umfangreichen Themenkatalog mit den Schwerpunkten „Folgen der Gesundheitsreform“, „Europa“, „Verbraucherschutz“ und „Gesundheitsökonomie“ ab.

Einheitliche Basisversicherung?

BLZK-Präsident Michael Schwarz wollte zum Beispiel konkret wissen, wie die bayerischen Politiker zu einer einheitlichen Basisversicherung für gesetzliche und privat Versicherte stünden. Zähle zum



Martin Zeil (links) stellte sich für die FDP den Fragen der Heilberufekammer-Präsidenten, Dr. Wolfgang Krombholz für die Freien Wähler Bayern.

Tag der Heilberufe: Pressekonferenz



Dr. Nikolaus Melcop, Michael Schwarz und Dr. H. Hellmut Koch (v.l.n.r.) beantworten im PresseClub die Fragen der Journalisten.

Im Vorfeld der Podiumsdiskussion fand im PresseClub München aus Anlass des ersten „Tag der Heilberufe“ eine Pressekonferenz mit den fünf Präsidenten der bayerischen Heilberufekammern statt. Den Medienvertretern sollte vor Augen geführt werden, warum sich die Heilberufe mehr „politisieren“ müssten, so Ärztekammerpräsident Dr. H. Hellmut Koch. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gesundheitsberufe mit über 100 000 Mitgliedern in den Heilberufekammern und 140 000 Beschäftigten verschlechtern sich durch die Eingriffe des Gesetzgebers zusehends. Dies gelte auch für die Versorgung der Patienten. Beispiele: die Konsequenzen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes im Hinblick auf die Versorgungsdichte, freie

Arztwahl und die damit einhergehende Rationierung von Leistungen. Ferner die nachteiligen Folgen des Gesundheitsfonds, der allein im zahnärztlichen Bereich 100 Millionen Euro pro Jahr aus Bayern abfließen lassen wird. BLZK-Präsident Schwarz wies in seinem Statement auch auf die Konsequenzen der derzeitigen Gesundheitspolitik für die Selbstverwaltung hin. Die Kammern würden zunehmend „versozialrechtlich“. Der Staat greife immer mehr in die Aufgabenbereiche der Selbstverwaltung ein und schwäche sie. „Die Heilberufekammern wollen im Schulterschluss beim Tag der Heilberufe auch zeigen, dass sie die staatlichen Eingriffe in die Selbstverwaltung nicht länger hinnehmen wollen“, so Schwarz. ik

Katalog der Basisleistungen auch die komplette Zahnheilkunde? Staatsministerin Stewens lehnte eine Basisversicherung mit der Begründung der fehlenden Definition des Leistungsumfangs ab. Auch SPD-Vertreter Esch war dagegen – auch weil für ihn ungeklärt ist, wer deren Umfang festlegt. Dr. Eckhardt Kaiser von Der Linken befürwortete die Basisversicherung unter dem Motto „eine Kasse für alle“. FDP-Vertreter Martin Zeil erachtete eine Grundabsicherung mit Zusatzversicherung für sinnvoll, über den „Leistungskatalog müsse man reden“. Soweit so gut. „Wer aber definiert nun die Leistungen?“ so die weitere Frage von Präsident Schwarz. Hier eröffneten sich konträre Standpunkte: So verwies Ministerin Stewens darauf, dass dies Sache der Selbstverwaltung sei. Schwarz hielt ent-

gegen, dass der Gemeinsame Bundesausschuss durch die Gesundheitsreform nicht mehr paritätisch besetzt und damit von der Selbstverwaltung abgekoppelt sei.

Wie stehen Sie zur Kostenerstattung?

Interessant wurde es aus zahnärztlicher Sicht auch, als es um die Frage der Kostenerstattung ging. Stewens sah das Modell der Kostenerstattung grundsätzlich als sinnvoll an, es sei jedoch angesichts der derzeitigen Koalitionsverhältnisse nicht durchsetzbar. Zeil ging einen Schritt weiter, dehnte die Landtagswahl bis zur Bundestagswahl, und versicherte im Falle einer schwarz-gelben Regierung „werden wir versuchen, die Kostenerstattung durchzusetzen“. In der weiteren Diskus-

sion allerdings wurde klar, dass Kostenerstattung auch deshalb zum Beispiel aus Sicht von Theresa Schopper von den Grünen nicht für gut geheißen wird, weil die Patienten dabei in Vorleistung treten müssten, Eigenverantwortung „könne nicht über den Geldbeutel gehen“. Hier scheint es in vielerlei Hinsicht noch Aufklärungsbedarf zum Charakter der Kostenerstattung zu geben.

Allgemeine Bekenntnisse

So manche Antwort zur Gesundheitspolitik fiel jedoch eher allgemein und wenig unterscheidbar aus. Welcher Politiker würde sich nicht zu medizinischem Fortschritt oder mehr Freiheit und Eigenverantwortung im Gesundheitswesen bekennen wollen? Auch darin, dass „mehr Geld ins System“ müsse, waren sich die Gäste fast nahtlos einig. Doch alle ließen offen, wie und woher die Finanzmittel kommen sollen.

Unbeantwortete Fragen

Andere, für das Selbstverständnis einer Selbstverwaltung wichtige – und für gelebte Freiberuflichkeit entscheidende – Fragen mussten alle Präsidenten nach der Diskussion ebenfalls unbeantwortet mitnehmen. Warum waren die eigenen Mitglieder zu Hause geblieben? Ist dies Zeichen einer allgemeinen Politikverdrossenheit? Werden die Ankündigungen nicht gelesen? Fühlen sich die Kammermitglieder von Themen, die eigentlich ihre ureigensten sein müssten, nicht angesprochen? Darüber wird im Kreise der Kammern noch zu diskutieren sein. Eine Antwort kennt jedes Kammermitglied allerdings nur selbst: Welche Frage wollte man schon immer mal an einen der Parteienvertreter richten? Oder will man von der Politik gar nichts mehr wissen?

Isolde M. Th. Kohl